Herbst 2011 Nr. 660 4,50 €
Zeitung für soziale Dreigliederung, neue Lebensformen, Umweltfragen

# Jedermensch

## Energiedemokratie jetzt !

# *Energiedemokratie jetzt*

## Liebe jedermenschen!

jetzt hat der jedermensch auch noch eine Krise: das Geld geht aus - aber wir haben hierfür eine gute naheliegende Lösung. Bitte zahlen Sie die anfallenden Abogebühren gleich und vielleicht auch noch diejenigen, die von den letzten Jahren offen geblieben sind. Ich bin da sehr vertrauensvoll - zumal Mahnungen immer viel Geld kosten. Deshalb liegt diesem Heft ein Überweisungsträger bei. Erst nach einem Monat werde ich dann Mahnungen verschicken, in der Hoffnung, dass ich dann nicht mehr viele verschicken muss.
Eigentlich kann der jedermensch kostendeckend arbeiten: wir brauchen im Jahr ca. 3000 € (ohne Arbeitszeit) - wenn 200 Abonnenten 18 € zahlen, dann haben wir keine Krise mehr.
Und wenn wir auch noch darüber hinaus unterstützt werden, dann gibts den jedermensch noch lange!

*Dieter Koschek*

## Inhalt


Für ein solidarisches Europa
*von Dieter Koschek* 3
Finance Watch 4
Europäische Netzwerk-Akademie 5
Demokratie enwickeln 6
Ölunglücke
*von Jürgen Kaminski* 7
Eulenspiegels Projektwerkstatt 8

**Energiedemokratie jetzt!**
Energiedemokaratie jetzt!
*von Alexis J. Passadakis* 10
Wiederholte Gefahr und aufkeimendes Hoffen
*von Anton Kimpfler* 12
Wie alles anfing
*von Gabriele Kleber* 15

Energiewende geht anders
*von Dirk Seifert* 16
Gegen den fossil-nuklearen Wahn
Energiepolitische Thesen von Gegenstrom 17
HamburgerInnen fordern Rückkauf der Netze 18
Vorbildlich für die Welt
*von Barbara Wagner* 20
**Anthroposophie & jedermensch**
Die Mitte und das gesunde Maß
*von Anton Kimpfler* 21
**Eulenspiegels Kulturraum** 23
Francesca Motta 24


## Wochenendseminar

Freitag, 21. Oktober bis Sonntag, 23. Oktober 2011
Freitag, 20 Uhr bis Sonntagmittag

### Weibliche, männliche und kindliche Kräfte

Wie bringen wir Neues in uns und zwischen uns zur Geburt?
Mit Anton Kimpfler (Schriftsteller), Ansgar Liebhart (Psychotherapeut) und Inga Gessinger (Eurythmie).
Beiträge, psychologische Gesprächsarbeit und eurythmisches Bewegen (leichte Schuhe mitbringen).
Themenschwerpunkte: Den Egoismus wandeln, Altruismus entwickeln - Heiterkeit mit Ernst verbinden - Altes würdigen und es begrenzen - Verjüngende Qualitäten auch zwischen Frau und Mann
Kostenbeitrag 40 Euro, Ermäßigung möglich (ohne Übernachtung und Verpflegung). Übernachtung ist in unserem Holzhaus mit eigenem Schlafsack für 9 Euro möglich. Gerne organisieren wir auch ein Zimmer im Dorf.
Wir bieten ein gemeinsames Mittagessen für 9 Euro an (Samstag und Sonntag). Frühstück und Abendessen in Selbstorganisation (Gaststätte oder Selbstversorgerküche). Bitte bei Anmeldung angeben!
Anmeldung: Eulenspiegels Kulturraum, Dorfstr. 25, D-88142 Wasserburg, Tel.: 08382 - 89056

## Impressum


Herausgeber: Jedermensch-Verlag, Brutschin & Koschek GbR, Dorfstr. 25, 88142 Wasserburg(B)
Vertrieb und Redaktion: Jedermensch~Verlag, Dorfstr. 25, 88142 Wasserburg (B), Telefon: 08382/89056
Redaktion: Dieter Koschek (ViSdP) und Anton Kimpfler
Gestaltung: Dieter Koschek; Titelblatt gestaltet von Klaus Korpiun; die Skizzen dafür und im Inneren stammen von Renate Brutschin. Handschriften von Barbara Wagner. Die Rückseite ist von Francesca Motta gestaltet.
Freie Mitarbeiter: Alte und neue Freunde des jedermensch und des Modell Wasserburg e.V.

Alle Zahlungen bitte an: Jedermensch-Verlag, Konto-Nr. 13 70 70–206, Postbank Hamburg (BLZ 200 100 20} .
Internationale Bankverbindung:
IBAN DE18 2001 0020 0137 0702 06; BIC PBNKDEFF
Der jedermensch erscheint vierteljährlich, jeweils März, Juni, September und Dezember. Einzelexemplare kosten 4.50 €, Abonnement jährlich 18 € (einschl. Porto und Versand).
Druck: digitaldruck leibi, Burlafingerstr. 11, 89233 Neu-Ulm
Der jedermensch wird auf Umweltschutzpapier gedruckt.
Die Auflage beträgt 250. ISSN 0949 – 3247

klimaneutral gedruckt 589-53247-0310-1072
weitere Infos: www.leibi.de/klima

# Für ein solidarisches Europa!

Der Endspurt der FDP und der CSU im Wahlkampf Berlin ließ die antieuropäischen und unsolidarischen Sprüche nur so florieren. Die Klientenparteien haben Sorge um die Banken, die ihr Geld in den südlichen Ländern investiert haben. Nebenbei spekulieren sie noch auf Wählerstimmen durch ihren populistischen Wahlkampf.
Damit soll aber vor allem der Druck auf die griechische Regierung verstärkt werden, mit den Sparmaßnahmen nicht zu warten, sondern sie konsequent durchzusetzen. Es sollen also die Bürgerinnen und Bürger Griechenlands bluten. Eine solidarische Europapolitik ist in den Ausagen des Wirtschaftsministers nicht zu hören. Erst als die Kanzlerin ein klares Wort zu „ihrem" Europa sagte, hörten sich die Slogans wieder etwas anders an: Wir sind ja für Euopa, aber wir wollen nicht dafür zahlen.
Ich halte diese gesamte Krise tatsächlich für Diebstahl. Es geht allein um die Gewinne der Geldgeber der europäischen Staaten, was da sind Fonds, Banken, Versicherungen und die anderen üblichen Geldspekulanten. Durch die Ratingagenturen wurden die Kredite immer teurer und so führte eine Schiene der Verschuldung immer weiter.
Natürlich sollen Staaten einen ausgeglichenen Haushalt haben, aber bei einer Politik, die die Reichen und die große Wirtschaft fast ungeschoren davon kommen läßt, ist dies nicht möglich. Die Lasten werden auf die Lohnabhängigen verteilt und dabei die schlechten Seiten der Globalisierung verstärkt. Folgerichtig geht die Diskussion in Griechenland um Privatisierung und Deregulierung. Und die Staaten werden immer mehr geschwächt. In dieser selbstgebauten Misere (und es sind alle europäischen Staaten verschuldet, und insbesonders auch die USA) wird nun von den Herrschenden die Sparspirale verstärkt, was letztlich nur zu Lohnkürzungen, Pensionskürzungen, Sozialabau und Privatisierungen führt.
Doch dagegen regt sich in Europa vielerorts massiver Widerstand. In Spanien und Griechenland sind große Demokratiebewegungen entstanden. Auf den zentralen Plätzen in Madrid und Athen kommen regelmäßig hunderttausende von Menschen zusammen, um „Echte Demokratie jetzt" und ein Schulden- Audit zu fordern, das in einem transparenten Verfahren offenlegt, wer für die Krise verantwortlich ist. Am 19. Juni 2011 waren in allen größeren Städten in Griechenland und Spanien, in mehr als 20 französischen Städten und in fast allen europäischen Hauptstädten Hunderttausende auf der Straße, um sich gegen diese Wirtschaftsregierung zu wehren.
In Europa entsteht gerade eine Bewegung, die sich das Diktat der Finanzindustrie nicht länger gefallen lässt. Diese Bewegung steht für echte Demokratie und internationale Solidarität und damit auch für eine Politik, die durch eine effektive Finanzmarktregulierung die Macht des Finanzsektors bricht. Es ist nun an uns dazu beizutragen, dass diese Bewegung genügend Macht entwickelt um dafür zu sorgen, dass am Ende nicht die Banken, sondern die Menschen gestärkt aus der Krise hervorgehen.
Wie es gehen kann, zeigt die österreichische Kampagne „Überfluss besteuern - in die Zukunft investieren". Nicht weniger als 13,4 Milliarden Euro in Österreich können für mehr soziale Sicherheit, für bessere Bildung, Pflege und Gesundheitsversorgung, für nachhaltige Mobilität, erneuerbare Energien, für lokale und globale Armutsbekämpfung sowie für die Reduktion des Budgetdefizits aufgebracht werden. Knapp 250.000 gesellschaftlich sinnvolle Arbeitsplätze in Zukunftsbereichen würden entstehen. Voraussetzung dafür ist allerdings eine mutige Politik, die Überfluss gerecht besteuert und Arbeit gerecht verteilt.
„Das nötige Geld für soziale, ökologische und demokratische Investitionen ist dort vorhanden, wohin in den letzten Jahren umverteilt wurde. Gegenwärtig besitzen die reichsten 10 Prozent knapp 60 Prozent des gesamten Vermögens. Sie können durch Vermögenssteuern, progressive Erbschafts- und Schenkungssteuern, einem Ende der Steuerprivilegien für Kapitaleinkommen, Stiftungen und Kapitalgesellschaften, eine Bankenabgabe und Finanztransaktionssteuern einen gerechten Beitrag leisten", sagt Alexandra Strickner von Attac Österreich.
„In unserem neoliberalen Wirtschaftssystem stehen Wettbewerb und Gewinnmaximierung an oberster Stelle. Arbeit ist ungerecht verteilt und viele Menschen bleiben auf der Strecke. Der Arbeitsalltag ist geprägt von ständig wachsendem Druck und Stress, von Unsicherheit und Vertrauensverlust. Arbeitslose werden als Sozialschmarotzer an den Pranger gestellt. Die Katholische Arbeitnehmer/innen Bewegung (KABÖ) setzt sich ein für eine Arbeitszeitverkürzung ohne Einkommensverlust, aber auch für eine Neubewertung der Arbeit, die den Anforderungen einer sozialen und ökologischen Entwicklung gerecht wird", sagt KABÖ-Bundesvorsitzender Reinhold Grausam.
Die VertreterInnen der Organisationen sind sich einig: „Ein gutes Leben für alle Menschen erfordert eine Demokratie, die Mitbestimmungsrechte garantiert und ein Wirtschaftssystem, das die Befriedigung von Grundbedürfnissen, globale Solidarität und ökologische Nachhaltigkeit zum Ziel hat. Unsere Forderungen sind die ersten nötigen Schritte in diese Richtung."
Die Kampagne wird getragen von der Armutskonferenz, Attac Österreich, GLOBAL 2000, Greenpeace, Katholische ArbeitnehmerInnenbewegung Österreich, SOS Mitmensch, PRO-GE - die Produktionsgewerkschaft, VIDA - die Lebensgewerkschaft.
Web: www.wege-aus-der-krise.at

*Dieter Koschek*

# Finance Watch

Während die Steuerzahler für die Fehler der Banken und Finanzdienstleister zahlen, können diese weiter spekulieren. Dass sich das ändert, ist das Ziel von Finance Watch, einer neuen Nichtregierungsorganisation. Über 50 Verbände und Einzelpersonen haben in Brüssel das "Greenpeace der Finanzwelt" gegründet.
"Wir wollen die Interessen der Bürger vertreten und den EU-Abgeordneten gute Gegenargumente liefern, wenn die Banken zum Beispiel behaupten, eine zu starke Regulierung des Finanzmarktes würde zum Verlust von Arbeitsplätzen führen", sagt Thierry Philipponnat.
Die NGO soll keine Massenorganisation werden, Philipponnat sieht dennoch Parallelen zu Greenpeace: "Wir werden sicherlich nicht mit Schlauchbooten über die Weltmeere fahren. Das müssen wir aber auch nicht. Was zählt, ist unser Fachwissen und die Tatsache, dass wir Missstände öffentlich machen können. Genau das tut Greenpeace auch."
Die Gründung von Finance Watch geht auf einen Aufruf von Abgeordneten aus dem Europäischen Parlament zurück, den inzwischen über 200 Volksvertreter, auch aus nationalen und regionalen Parlamenten, unterstützen.
"Es kann nicht sein, dass die Bürger sparen müssen und immer mehr zahlen, während die Banken wieder so arbeiten, als wäre nichts passiert", sagt Philipponnat.
Die Zahlen sprechen für sich: Griechenland steht vor dem Bankrott, und die Banken, die jahrelang an griechischen Anleihen verdient haben, wollten sich nicht an der Rettung beteiligen.
Irland hat um Hilfe aus dem EU-Rettungsfonds gebeten und sperrt sich gleichzeitig dagegen, das Steuerdumping abzuschaffen. In Irland zahlen Unternehmen 12,5 Prozent Steuern – nur in Zypern und in Bulgarien zahlen sie noch weniger.
In Deutschland haben marode Banken mehr als 65 Milliarden Euro Unterstützung vom Staat erhalten. Gleichzeitig erhalten die Banker Millionen-Boni. Die Staatsschulden von Großbritannien sind um 50 Prozent höher als vor der Krise, was zu heftigen Etatkürzungen bei Universitäten und sozialen Einrichtungen führte.
Philipponnat schätzt, dass es mindestens noch 20 Jahre dauern wird, die Schulden, die durch die Krise entstanden sind, wieder zu eliminieren. Gleichzeitig bekommen Banker riesige Gehälter. Dass Finance Watch gebraucht wird, hat Philipponnat auch an den Reaktionen gesehen: Gleich am ersten Tag nach Arbeitsbeginn habe er innerhalb weniger Stunden über 300 E-Mails von Interessierten bekommen.
"In Brüssel wird über so komplizierte Gesetze diskutiert, dass es für uns als allgemeiner Verbraucherverband oft unmöglich ist, alles zu durchschauen. Wir hoffen, dass sich das mit der Unterstützung von Finance Watch ändert."
Zwar werden bei der NGO zunächst nur zwölf Mitarbeiter tätig sein, aber Thierry Philipponnat ist zuversichtlich: "Wir werden den Banken gehörig auf die Nerven gehen. Mich haben schon Bankenlobbyisten kontaktiert und mir gesagt, dass sie sich jetzt wohl bessere Argumente als bisher überlegen müssen."
Philipponnats großes Ziel ist, dass die Finanzwirtschaft eines Tages wieder der Gesellschaft dient und nicht umgekehrt. Mit Finance Watch will er einen kleinen Beitrag dazu leisten. Finanziert wird die NGO zum größten Teil von Stiftungen, Privatpersonen, höchstwahrscheinlich aber auch von der EU-Kommission.

Aus dem Aufruf von Europaabgeordneten zur Gründung von Finance Watch vom 21. Juni 2010:
Wir, die für die Regulierung der Finanzmärkte und des Bankgewerbes zuständigen europäischen Abgeordneten, stehen täglich unter dem Druck des Finanz- und Banksektors, um den für die Branche geltenden Rechtsrahmen stärker zu beeinflussen. Es ist durchaus üblich, dass die Unternehmen dieser Branche ihre Standpunkte verlautbaren und regelmäßig mit dem Gesetzgeber Gespräche führen. Angesichts mangelnder Gegenargumente entsteht unserer Auffassung nach ein Ungleichgewicht, das die Demokratie gefährdet. Die Lobbyarbeit einer Interessengruppe muss in der Tat durch Stellungnahmen anderer ausgeglichen werden. […] Wir rufen daher die Zivilgesellschaft auf, eine oder mehrere NGOs zu bilden, um eine Gegenbetrachtung der in den Finanzmärkten durch die wichtigsten Marktteilnehmer ausgelösten Vorgänge zu entwickeln und diese Erkenntnisse zu verbreiten."
www.finance-watch.org

## Organisiert Euch!
## Europaweiter Aktionstag am 15.10.

Die Empörten der spanischen Bewegung "Democracia real YA!" rufen für den 15. Oktober zu dezentralen Aktionen in ganz Europa auf, um gemeinsam für mehr Demokratie, Entmachtung der Finanzmärkte und Solidarität zwischen den europäischen BürgerInnen zu kämpfen. Attac Deutschland beteiligt sich daran mit vielen Aktivitäten, darunter die Krisen-Anhörung in Berlin, zu der wir herzlich einladen.
www.attac.de/eurokrise

# Europäische Netzwerk-Akademie

Mehr als 1300 Aktivisten aus aller Welt haben sich bei der Europäischen Netzwerk-Akademie von Attac vom 9. bis 14. August in Freiburg versammelt, um Alternativen zum krisengeschüttelten Weltwirtschaftssystem zu entwickeln und vorantreiben. Die desaströse Funktionsweise der Finanzmärkte ist zentraler Gegenstand der Kritik der Teilnehmer.

Mehr als ein Jahrzehnt lang haben die Politiker unsere Forderungen nach demokratischer Kontrolle der Finanzmärkte ignoriert. Inzwischen wird die Notwendigkeit einer stärkeren Regulierung breit diskutiert. Doch die tatsächliche Einführung einer Finanztransaktionssteuer und anderer regulierender Instrumente ist weit entfernt – trotz schöner Reden und herzerwärmender Erklärungen der G20 und anderer internationaler Gremien. Und das bisschen Regulierung, das es inzwischen gibt, ist viel zu spät gekommen.

Die Panik auf den Finanzmärkten ist zurückgekehrt. Angesichts dessen, dass die Verschuldung der USA und der EU-Länder seit langem bekannt ist, zeigt der Börsencrash nach der Abwertung der US-Staatschulden abermals die Irrationalität der Finanzmärkte.

Attac fordert:

• Die sofortige Einführung der Finanztransaktionssteuer, um Spekulation einzudämmen.

• Das sofortige Verbot aller Spekulationsformen, die ganze Volkswirtschaften und Gesellschaften gefährden – einschließlich eines umfassenden und endgültigen Verbots von Leerverkäufen und Kreditausfallversicherungen (Credit Default Swaps).

• Keine bedingungslosen Bankenrettungen.

Banken, die nicht überlebensfähig sind, müssen vergesellschaftet und unter demokratische Kontrolle gestellt werden, damit sie den Bedürfnissen der Menschen und nicht den Profiten der privaten Aktionäre dienen.

• Alle Finanzinstitute, die als zu groß zum Scheitern („too big to fail“) erachtet werden, müssen in kleinere Einheiten zerlegt werden.

• Keine Kürzungspolitik

Stattdessen müssen neue Quellen für Staatseinnahmen erschlossen werden. Öffentliche Daseinsvorsorge und öffentliche Investitionen müssen ausgebaut, nicht reduziert werden. Alle finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen müssen darauf abzielen, den Reichtum umzuverteilen und öffentliche Einnahmen zu generieren.

• Alle Staatschulden müssen von einem unabhängigen, zivilgesellschaftlichen Gremium überprüft werden (Schuldenaudit).

• Illegale und illegitime Schulden müssen gestrichen werden.

• Die Europäische Zentralbank muss einer demokratischen Kontrolle unterworfen werden. Ihr Mandat muss geändert werden, so dass sie direkt Kredite an Staaten der Eurozone vergeben kann.

Die internationale Beteiligung war grandios; aus dem europäischen Treffen ist ein weltweites geworden. Das Attac-Netzwerk ist weiter zusammengewachsen. Zu den Impulsen, die von dem Treffen ausgingen, gehört zudem eine Gründungsinitiative für Attac in Großbritannien – eines der wenigen europäischen Länder, in denen das Netzwerk bisher nicht vertreten ist.

Ein prägendes Thema der ENA war die Schuldenkrise in Europa. Für den 15. Oktober verabredete das europäische Attac-Netzwerk einen Aktionstag gegen die aktuelle Kürzungs- und Privatisierungspolitik. Zusätzlich sind Demonstrationen nach Brüssel geplant.

Wir streiten für ein solidarisches Europa. Statt Sozialabbau und Ausverkauf von öffentlichem Eigentum brauchen wir eine radikale Umverteilung des Reichtums und eine Erhöhung staatlicher Einnahmen. Vermögen, Unternehmen und Banken müssen endlich angemessen besteuert, Steueroasen geschlossen werden.

Staatschulden sind in einem transparenten zivilgesellschaftlichen Verfahren zu überprüfen; illegitime Schulden abzuerkennen. Attac Deutschland plant für den 15. Oktober in Berlin eine öffentliche Anhörung zur Krise. Auch die afrikanischen Attac-Aktivisten wollen sich in ihren Ländern an dem europäischen Aktionstag beteiligen.

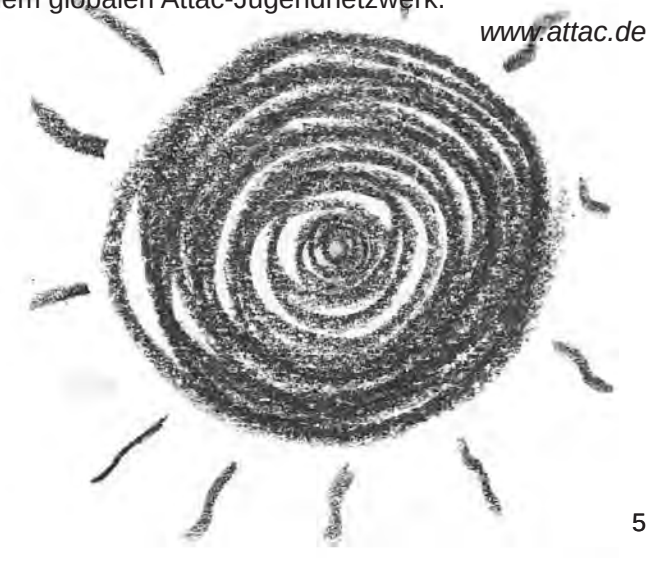
Attac mobilisiert zu den G20-Protesten im Herbst in Frankreich. Mit einer Gegenkonferenz, Demonstrationen und Aktionen werden Globalisierungskritiker vom 1. bis 4. November in Nizza ihren Widerstand gegen die neoliberale Krisenpolitik zum Ausdruck bringen. Mit einem Bankentribunal im Vorfeld wird Attac Frankreich die negative Rolle der Banken beleuchten.

Auch eine intensivere Vernetzung der vielfältigen Aktivitäten zu Banken vereinbarten die Aktivisten.

In Deutschland ruft Attac mit einer Bankwechsel-Kampagne zum Handeln auf, in Frankreich macht das Netzwerk Hintergrundinformationen über große Finanzinstitute öffentlich zugänglich, und in Österreich werden Kriterien für eine demokratische Bank diskutiert. Eine Attac nahestehende Initiative in dem Alpenstaat will sogar eine alternative Bank gründen.

Eine weitere aus dem Treffen in Freiburg hervorgegangene Initiative ist die Gründung von Youth Attac – einem globalen Attac-Jugendnetzwerk.

*www.attac.de*



# Demokratie entwickeln

*Jascha Rohr, Institut für partizipatives Gestalten, hat in OYA 10/2011 einen bemerkenswerten Vorschlag gemacht, den ich hier in Auszügen wiedergeben will. Der ganze Beitrag von Jascha Rohr kann im Internet unter der Adresse http://www.oya-online.de/article/read/470-Kollaborative_Demokratie_.html nachgelsen werden. dk*

**Kollaborative Demokratie**

„Was wäre, wenn wir dieses Zweikammersystem (Bundesrat und Bundestag) um eine Kammer erweiterten: die »Bundeswerkstatt«? In einer solchen Bundeswerkstatt als fester institutioneller Ergänzung des bisherigen Systems würde nicht deliberativ-repräsentativ (also durch Debatten von Meinungsvertretern) gearbeitet werden, sondern kollaborativ. Hier würde die Zivilgesellschaft zusammen mit der Wissenschaft, der Wirtschaft, der Kunst in transparenten, offenen Prozessen Zukunftskonzepte entwickeln: zum Gesundheitssystem, zur Energiewende, zur Mobilität der Zukunft, zum Steuersystem und so fort. Solche Prozesse könnten auch öffentlich übertragen werden, ähnlich wie beim Schlichtungsverfahren von Heiner Geißler, und würden dann entweder als konkrete Projekte von verschiedenen Organisationen aufgegriffen werden oder als Gesetzesvorlagen in die entsprechenden Gremien eingebracht werden können. Die Prozesse und Methoden für eine solche Arbeit sind in groben Zügen schon vorhanden und müssten entsprechend weiterentwickelt werden. Die Menschen würden sich wieder als aktive Gestalter ihres Gemeinwesens erleben und könnten zur kollektiven Intelligenz beitragen."

**Beispiel 1: Die Bollertdörfer**

„Diese Initiative hat sich gegründet, um dem demographischen Wandel in der Region entgegenzuwirken. Sie ist ausdrücklich politisch neutral und fokussiert ihre Arbeit auf konkrete Projekte zum Erhalt und zum Aufbau dörflicher und regionaler Infrastruktur. Ihr ist es gelungen, das öffentliche Freibad vor der Schließung zu retten, das sie nun selbst erfolgreich in Bürgerhand betreibt. Die Initiative hat die Grundschule vor der Schließung gerettet und organisiert in diesem September einen großen kulturellen Event. Als nächstes ist im Dorfkern des zentralen Orts ein neuartiges Mehrgenerationenprojekt geplant. Diese Erfolge sind für ein Projekt, das es erst seit zwei Jahren gibt, für sich schon bemerkenswert.

Doch die wirkliche Besonderheit liegt in der Organisationsform der Initiative. So gibt es zwar aus finanziellen und rechtlichen Gründen einen Trägerverein. Die Entscheidungs- und Zusammenarbeitsstrukturen basieren aber ausschließlich auf drei Prinzipien: Gleiche Augenhöhe, Selbstermächtigung, Transparenz."

**Beispsiel 2: Oberndorf bei Cuxhaven**

„Doch die Oberndorfer meinten es ernst, sie wollten neue Wege beschreiten und die finanziellen Zuschüsse einer Dorferneuerung wirklich in die Zukunft des Dorfs investieren. Nach einem partizipativen Gestaltungsprozess von neun Monaten, in dem wir uns planerisch intensiv mit den globalen und lokalen Entwicklungen in Bezug auf Oberndorf auseinandersetzten, haben die Bewohner von Oberndorf nun den Entschluss gefasst, eine Bürgerinnengenossenschaft zu gründen. Sie wird sich um die drängenden Belange ihres Gemeinwesens kümmern: um eine Energieversorgung, deren Wertschöpfung dem Dorf erhalten bleiben soll, um die touristische Vermarktung von Oberndorf, um Konzepte für die Um- und Weiternutzung der Leerstände im Dorf und vieles mehr.

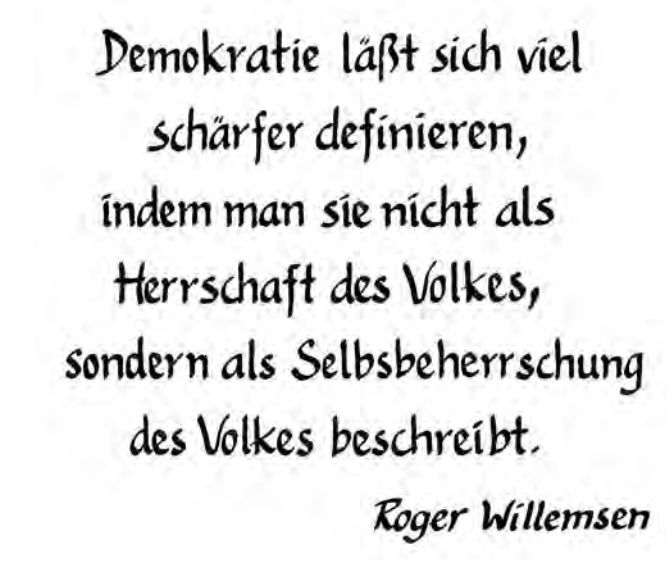
»Die Oberndorfer – wir machen's zusammen« ist ihr Slogan. Nun bauen sie sich die notwendigen Strukturen auf, sie planen zum Beispiel den Aufbau eines Orts für Bürgerengagement, an dem die Projekt- und Konzeptarbeit stattfinden kann. Zusätzlich haben sie erkannt, dass sie selbst in der Lage sein müssen, ihre Zusammenarbeit in produktiven Prozessen zu organisieren und wollen sich auch methodisch entsprechend aufstellen."

Überhaupt, das OYA Heft 10/2011 mit dem Titel „gut bürgerlich" beschäftigt sich noch weiter mit Beiträgen von lokalen und regionalen Demokratieinitiativen. Empfehlenswert!

Ich möchte hier nochmals an das wichtige Buch von Jaroslav Langer „Grenzen der Herrschaft" (Opladen 1988) erinnern, in dem Langer das Ende der Herrschaft andeutete und den Weg in eine selbstbestimmte freie Basisdemokratie aufzeigte.

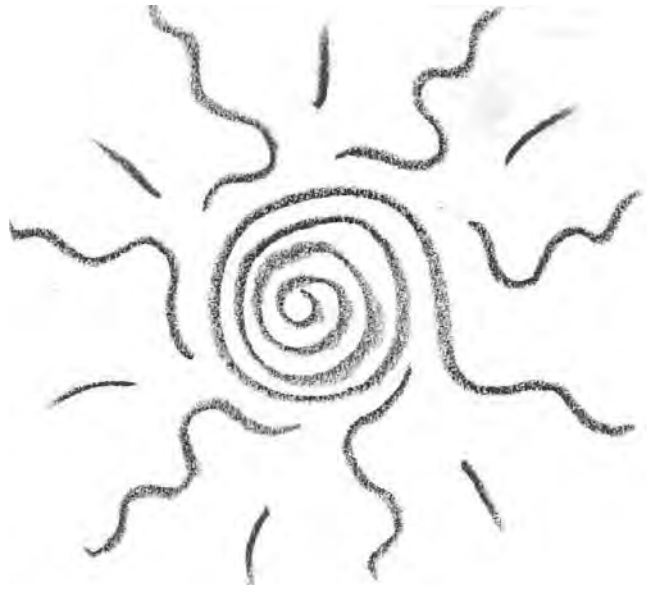
Um diesen Weg zu beschreiten, sind Ideale, geistige und politische Ideen von großer Notwendigkeit. Es müssen Wegleuchten entzündet und die Herzen der Menschen erreicht werden.

dk



# Ölunglücke

Diesen Beitrag von Jürgen Kaminski können sie nur in der gedruckten Ausgabe lesen.



Ein Jahr nach der Ölkatastrophe von 2010

„Früher wurden jeden Monat ein bis zwei tote Delphinbabys an den Strand geschwemmt – heute sind es 20 bis 40.“

*Die Meereswissenschaftlerin Mandy Joye im April 2011 zur Lage am Golf von Mexiko, wo die größte Umweltkatastrophe für die Vereinigten Staaten von Amerika geschah.*

# Eulenspiegels Projektwerkstatt

## Bioeinkaufsführer

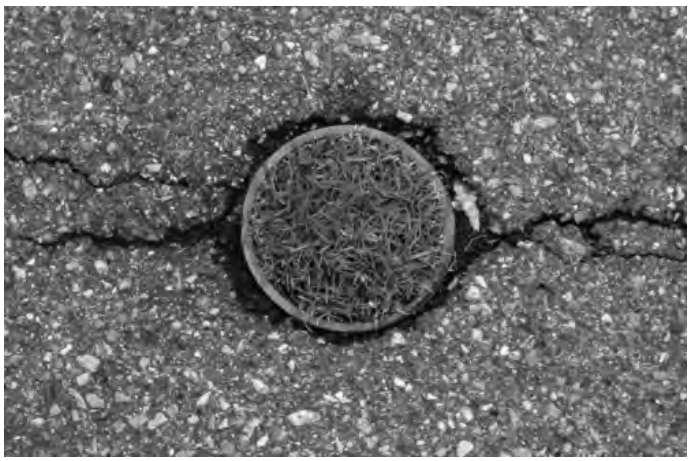
Die Bundesagentur für Ökologische Landwirtschaft und andere nachhaltige Formen hat eine neue Runde beim Bioeinkaufsführer Lindau, Wangen, Tettnang gefördert. Zwei Ausgaben werden gedruckt und eine Internetplattform werden bis 2013 entstehen

## Der Bauer, der das Gras wachsen hört

Der Film von Bertram Verhaag hatte fast 20 Besucherinnen angelockt. Der Film, in dem Bauer Simmel aus dem Bayrischen Wald erzählt, wie er Ökobauer wurde und wie das so ist, berührte die Zuseher sehr. Ein äußerst empfehlenswerter Film! Er kann bezogen werden bei denkmal-film, Herzogstrasse 97, 80796 München, Telefon +49 (0)89 - 52 66 01

## Bio- und Projekteladen Eulenspiegel

Unser Laden hat bereits sein halbjähriges Jubiläum hinter sich und als Dank an unsere Kundinnen, passen wir unsere Öffnungszeiten ihren Bedürfnissen an.
Vorrangig geht es um die Öffnung am Montag, damit zwischen Samstag und Mittwoch nicht so eine lange wartezeit entsteht und die Kundinnen in anderen Geschäften einkaufen müssen.
Da wir aber nicht einfach die Öffnungszeiten verlängern können, haben wir nun den Donnerstag geschlossen (da gab es sowieso kein frischen Brot) und modifizieren unsere Anfangs- und Schlußzeiten, sowie die Mittagspause.
Also NEUE ÖFFNUNGSZEITEN:
Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag von 9 -13 Uhr und 16-19 Uhr!



## BAF Tatort Bodensee

Fotografische Spurensuche Susanne Wolff-Kohler

2. - 30. September 2011

Susanne Wolff-Kohler wurde vor 35 Jahren aus Berlin an den See gespült – sie kam und sie blieb. Sie fotografiert von Kindesbeinen an, arbeitet im Verborgenen und blieb bisher unentdeckt. Ihr Interesse gilt den unbeachteten Nebenschauplätzen jenseits touristischer Wegstrecken – sie spürt aber auch Widersprüche, Brüche und Störungen in der vermeintlichen Idylle. So befindet sie sich stets auf der Suche nach skurrilen, mehrdeutigen Motiven, die der Fantasie des Betrachters freien Lauf lassen. Die Ausstellung „Tatort Bodensee“ zeigt eine Auswahl von Fundstücken ihrer fotografischen Spurensuche.
Die Ausstellungseröffnung war sehr gut besucht und auch während der Ausstellungszeit kamen immer wieder BesucherInnen in die Galerie. Ein schöner Erfolg!

## Innen - Außen

Bilder und Objekte der Grafikerin und Künstlerin Francesca Motta
ab Sonntag, 25.9.2011 bis voraussichtlich Mitte Januar 2012 im Café Eulenspiegel.
Francesca Motta, die auch im Eulenspiegl ein Atelier hat und bei der KünsterInnengruppe BAF mitmacht, stellt im Café Eulenspiegel erstmals aus. Sie experimentiert mit Spiegelbildern, Staub, Rost, Farbe und Resten der menschlichen Existenz, z.B. gefundenen Notizzetteln unterschiedlichster Personen.
Ihre Bilder haben den Staub ihres Ateliers zur Grundlage und stellen damit wiederum existenzielle Fragen.
Eine Auswahl ihrer Arbeiten kann auch unter hortuns-inconclusus.blogsot.com angesehen werden.
Francesca arbeitet auch im Projekt Eulenspiegel mit. Sie gestaltet unsere Website neu und hilft bei allen Werbemitteln tatkräftig mit.
**Ihr zu Ehren widmen wir in dieser Ausgabe die Rückseite des Jedermensch.**

## Forum Solidarische Ökonomie - Kultur der Kooperation in Kassel

Das im letzten Jedermensch angekündigte Forum wird auf 2.- 4. März 2012 verschoben.

Samstag,12. Nov.2011, 16 Uhr bis So.,13. Nov., 13 Uhr

## Sozialer Denktag
## Unterwegs zu einer Bürgergesellschaft

Von der Zukunft des demokratischen Rechtslebens. Spätestens seit Stuttgart 21 und der öffentlichen Schlichtung, aber sicher schon seit der Gründung von „Mehr Demoratie e.V“ zur Einführung von mehr direkter Demokratie, entwickeln sich Alternativen und Ergänzungen zur parlamentarischen Parteien-Demokratie. Wir wollen unseren Blick auf die verschiedenen Initiativen schärfen und versuchen, eine Entwicklung aufzeigen.
Mit Dieter Koschek, Anton Kimpfler und Günter Edeler
Anmeldung bei Modell Wasserburg e.v., Tel 08382-89056

## Bürgerbeteiligung Ravensburg…

Angeregt durch die Regionalwert AG Freiburg und die Gemeinwohlidee von Christian Felber, findet in Ravensburg eine Infoveranstaltung rund um Geld, Regiogeld, Bürgerbeteiligung statt:
Grünes Geld ist ein nachhaltiges Tausch- und Zahlungsmittel, das dazu dient, soziale und ökologische Werte zu schaffen und sich überschaubar in regionalen Kreisläufen bewegt. Grünes Geld hat wie die Natur Wachstumsgrenzen.
Das Geld soll dort hin, wo es den Menschen und dem Erhalt ihrer Lebensgrundlagen dient, wo man dafür biologische und faire Produkte aus der eigenen Region bekommt, wo es die aktive Beteiligung der Bürger zur Gestaltung ihrer Wirtschaft und Gesellschaft fördert
Die Veranstaltung dient dem Aufbau einer regionalen Wirtschaftsgemeinschaft, die Bürgerbeteiligungen mit einem Regiogeld kombiniert!
Infoveranstaltung am Montag, den 10. Oktober um 19:30 Uhr in der Zehntscheuer, Ravensburg.

## BAF-Vernissage
## Schwemmholz - Holzschwemme

Freitag, 7. Oktober 2011, 20 Uhr im BAF
Installation zum Jahresthema „Binnengewässer“ von Klaus Korpiun
Eröffnung mit Viz Michael Kremietz, Klang und Klöppel.
Wer kennt nicht das alljährliche Schwemmholzchaos am Bodenseestrand? - Wir räumen auf! Die Fundstücke vom weiten Strand gesammelt, geschleppt, sortiert und...Baff! verdichtet in die Fund-Kammer zur Holzüberschwemmung...Keine Angst! Alles bleibt trocken und der Ausgang ist offen. Überschwemmung vom 7. bis 31. Oktober.
Geöffnet: Mo, Mi, Fr, Sa 9.00 - 13.00 und 16 -19 Uhr
(Schlüssel im Laden)

Der Mensch hat zwei Ohren und nur einen Mund. – Wir sollten also doppelt so viel zuhören wie sprechen.

*Dänisches Sprichwort*

## Motivation für die Region
## Transfertagung 21./22.Oktober 2011

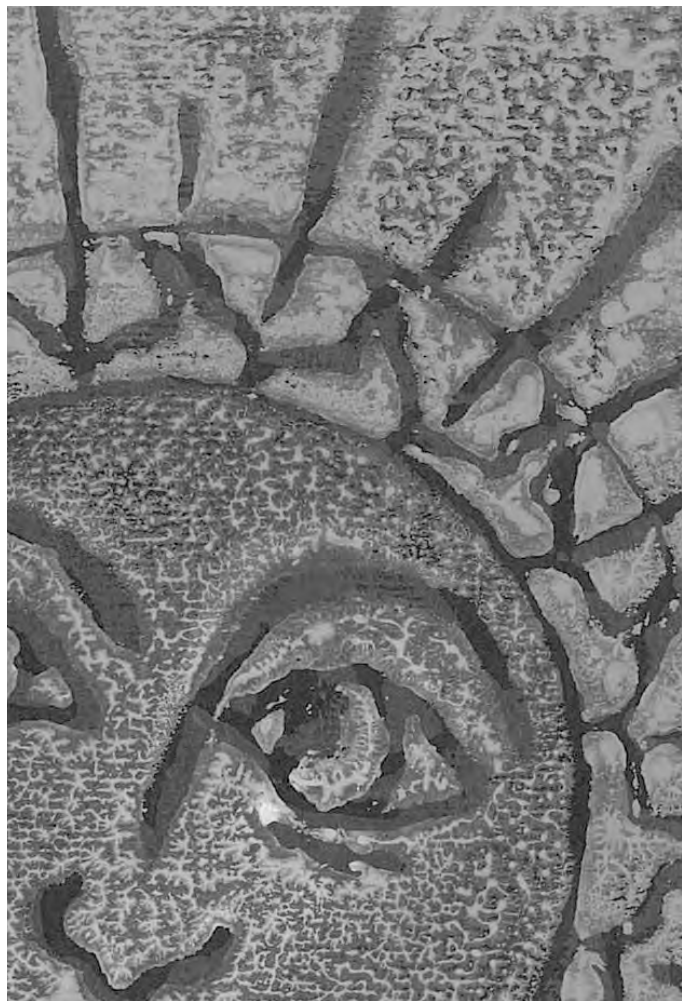
"Motivation für die Region" ist das Tagungsthema, das die gemeinsamen Erfahrungen der Projektpartner während der letzten drei Jahre auf den Punkt bringt.

Zum Abschluss des Interreg Projektes GVN präsentieren alle Projektpartner ihre Erfahrungen zum Einsatz komplementärer Währungsmodelle in Stadtteilen, Gemeinden und Regionen.

Komplementäre Währungen sind Instrumente die wichtige Impulse zur Motivation in einer Region setzen können. Richtig angewendet ergeben diese in den Einsatzgebieten Soziale Arbeit und Regionalwirtschaft innovative Instrumente. Überzeugen Sie sich selbst über Erfolge, Einsatzmöglichkeiten und Grenzen solcher Systeme.

# Energiedemokratie jetzt!

Im Jahr 1946 war es endlich soweit: Die teure und unzuverlässige Stromversorgung der kalifornischen Hauptstadt Sacramento wurde nach einem Volksbegehren von einem privaten Unternehmen in die Öffentliche Hand übertragen.
Die von den BürgerInnen damals durchgesetzte Form des neuen öffentlichen Unternehmens unterscheidet sich erheblich von dem „Stadtwerk“ wie es in der Bundesrepublik üblich ist. Denn wenn in der Westküstenstadt Kommunalwahlen stattfinden, wählen die EinwohnerInnen zusätzlich den siebenköpfigen Verwaltungsrat des lokalen Stromversorgers SMUD. Jeder Bezirk entsendet eine Person, die sich im Wahlkampf den energiepolitischen Vorstellungen der Bevölkerung stellen muss. Angesichts dieser demokratischen Kontrolle, ist es kein Zufall, dass SMUD bei nationalen Umfragen zur Kundenzufriedenheit immer Spitzenwerte erreicht, dass es ein Sozialtarifsystem gibt und im Vergleich zu den anderen Stromversorgern in den USA einen der höchsten Anteile an Erneuerbaren Energien im Strommix hat.
Im Übrigen spricht das demokratische Stadtwerk in Sacramento die Strombezieher nicht als „Kunden“ an, sondern als „customer-owners“, also Kunden-Eigentümer. Bei strategischen Weichenstellungen gibt es außerdem die Möglichkeit eines Volksentscheides. Beispielsweise stand im Jahr 1989 die Frage „Atomkraft? Ja oder Nein“ zur Abstimmung. Die Mehrheit stimmte dagegen und wenige Tage später wurde das SMUD-Atomkraftwerk Rancho Seco vom Netz genommen. Derart durchschlagskräftig kann lokale Energiedemokratie sein, um ökologische und soziale Ziele zu erreichen. In der Bundesrepublik existiert ein solches Modell bisher noch nicht. Stattdessen ist der Energiesektor stark konzentriert und von Stadtwerken mit obrigkeitsstaatlicher Struktur geprägt.
In der Bundesrepublik sind über 80 Prozent der Stromproduktion in der Hand der Konzerne E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall, die über zahlreiche Beteiligungen auch bei der Versorgung ein Oligopol bilden. Sie alle sind bzw. waren – im Fall von EnBW – transnationale Konzerne, deren Daseinsberechtigung darin besteht, ihren Aktionären möglichst hohe Renditen zu verschaffen.



**Die Macht der Großen Vier**

Ihre wirtschaftliche Macht übersetzen sie in politische Macht. Mittels der Liberalisierung des Strommarktes durch die Regierungen und die Europäische Union seit den 90er Jahren und der Privatisierungswelle bei lokalen und regionalen Versorgern wurden gezielt Unternehmen geschaffen, die als „Global Player“ oder zumindest als „Euro-Champions“ agieren können.
Der GAU in Fukushima, die kräftigen Proteste der Anti-Atombewegung und auch der Anti-Kohlekraftwerksbewegung haben die Durchsetzungskraft der Großen Vier eingeschränkt, was sie allerdings nicht daran hindert, die „Energiewende“ der Bundesregierung auf Off-Shore-Windparks, Desertec und transnationalen Stromhandel via Strom-Autobahnen auszurichten. Die Spielräume für die regionale und lokale Ebene sollen möglichst gering bleiben. Demokratische Kontrolle? Fehlanzeige. Ohne den Zugriff der BürgerInnen auf Energieunternehmen werden daher auch vermeintliche Erfolge von sozialökologischen Bewegungen rasch Grenzen aufgezeigt: Nachdem in Berlin ein breites Bündnis von Initiativen daran mitwirkte ein neues Kohlekraftwerk des schwedischen Staatskonzerns Vattenfall in Klingenberg/Berlin zu verhindern, kündigte das transnationale Unternehmen den Bau eines Biomassekraftwerks an. Für warme Berliner Stuben soll nun dort Holz aus Übersee u.a. aus Liberia verfeuert werden. Eine ökologische Energiewende hin zu Erneuerbaren hatten sich die meisten AktivistInnen anders vorgestellt.
Neben den Energieriesen spielen in Deutschland

Stadtwerke, Stadtwerksverbünde und regionale Versorger weiterhin eine wichtige Rolle. Auch wenn sie zu 100 Prozent in öffentlichem Besitz sind, ist in vielen Fällen ihre Unternehmensführung alles andere als transparent und die Dienstleistungen nicht besonders sozial. Im Stromsektor lässt auch oft das Engagement für Erneuerbare Energien zu wünschen übrig. Seilschaften aus Parteien und Verwaltung betrachten öffentliche Unternehmen mitunter als Beute – nicht selten im Verein mit lokalen Unternehmergrößen.

**Stadtwerke in der Obrigkeitsfalle**

Das Verhältnis von öffentlichen Unternehmen zu „ihren" KundInnen steht häufig in der Traditionslinie obrigkeitsstaatlicher Verwaltungsmuster. Einblicke in das Unternehmen sind kaum zu bekommen – oft auch für Stadtverordnete nicht, geschweige denn für die „NormalbürgerInnen". Und wer seine Stromrechnung nicht bezahlen kann, wird abgeklemmt. Ein Bewusstsein für ein soziales Recht auf Energie besteht kaum.

Hinzu kommt seit den 90er Jahren eine Überlagerung dieser „traditionellen" Struktur durch die Ökonomisierung, so dass viele öffentliche Unternehmen sich inzwischen als gewinnnorientierte Akteure am Markt begreifen. Angesichts der obrigkeitsstaatlichen Struktur der Stadtwerke stieß die Privatisierungs- und Konzentrationsdynamik in den 90er Jahren auf wenig Widerstände, weil viele BürgerInnen die öffentlichen Unternehmen nicht als ihr Eigentum ansahen. Die neoliberale Staatskritik, die öffentliche Unternehmen grundsätzlich als „ineffizient" verunglimpft, hatte hier einen realen Ansatzpunkt. Das Beispiel Sacramento zeigt, dass es eine Energieversorgung jenseits von Konzernen und „konventionellen" Stadtwerken gibt: Nämlich öffentliches Eigentum, das mittels Verfahren repräsentativer Demokratie und an entscheidender Stelle zusätzlich mittels direkter Demokratie kontrolliert wird.

Die seit ein paar Jahren, zumindest auf einigen Feldern, festzustellende Ermattung der neoliberalen Privatisierungsideologie bietet die Chance Rekommunalisierungen durchzusetzen und die Rolle öffentlicher Wirtschaft neu zu diskutieren.

Auch wenn deutsche Kommunalverfassungen derartige Modelle bisher nicht vorsehen, ist es letztendlich eine Frage der Stärke sozial-ökologischer Bewegungen neue Verfahren der Partizipation zu entwickeln und zu etablieren.

Zu berücksichtigen ist im deutschen Kontext in jedem Fall das wichtige Element der betrieblichen Mitbestimmung. In einem Stadtstaat wie Berlin wäre es beispielsweise denkbar, mit einer Änderung des „Berliner Betriebegesetzes", einen Aufsichtsrat mit VertreterInnen des Landes, der Beschäftigten und direkt gewählten RepräsentantInnen zu besetzen.

Ein anderes Modell könnte darin bestehen, eine öffentliche Eigentumsform mit einer Genossenschaft zu kombinieren und so eine neue Form demokratischer Kontrolle zu garantieren. Eine dritte Form wäre die Übertragung der Idee des Bürgerhaushalts auf öffentliche Unternehmen, wie es in der „Geburtsstadt" des Bürgerhaushalts, in Porto Alegre (Brasilien) tatsächlich auch praktiziert wird. Spezifisch auf einen kommunalen Energieversorger zugeschnittene Verfahren der BürgerInnenbefragung plus BürgerInnenversammlungen würden über strategische Investitionsentscheidungen entscheiden.

**Die Krise des Energiesystems und den Wunsch nach mehr Demokratie nutzen**

Das Auslaufen von Hunderten von Konzessionsverträgen für die lokalen Netze in den nächsten Jahren bietet die Chance Rekommunalisierungen und Gründungen von Stadtwerken anzuschieben und Energiedemokratie auf die Agenda zu setzen. Es ist offensichtlich, dass das Weltenergiesystem sich im Umbruch befindet: Die Klimakrise, die Knappheit von Energierohstoffen und die Atomkatastrophe in Japan bewirken eine Veränderungsdynamik, die neue Spielräume für eine ökologische, soziale und demokratische Energieversorgung bietet.

Zudem zeigen sowohl die Proteste gegen Stuttgart 21, als auch die Protestbewegungen der „Empörten" unter dem Namen „Democracia Real Ya!" (Wirkliche Demokratie Jetzt!) in Spanien und Griechenland gegen Sozialabbau, dass es ein neues, starkes Verlangen nach einer Vertiefung von Demokratie gibt. Das letzte Wort der Geschichte über die gegenwärtige Form von Demokratie scheint noch nicht gesprochen zu sein.

Der politisch so heiß umkämpfte Energiesektor bietet sich als Erprobungsfeld neuer demokratischer Modelle an.

*Alexis J. Passadakis,*
*Mitglied im Koordinierungskreis von Attac*

Mehr Infos:
http://berliner-energietisch.net
www.attac.de/ag-eku
www.buerger-begehren-klimaschutz.de
www.gegenstromberlin.net
www.postwachstum.net

# Wiederholte Gefahr und aufkeimendes Hoffen

Diesen Beitrag von Anton Kimpfler können sie nur in der gedruckten Ausgabe lesen.

## Die Welt schaut auf Deutschland

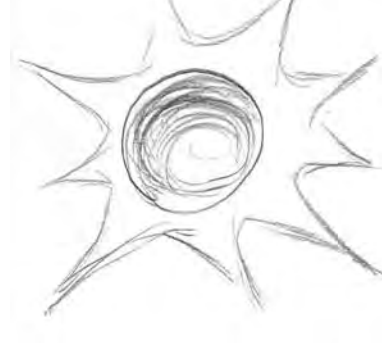
Die Ereignisse in Japan haben weltweit eine Debatte darüber entfacht, welchen Energiemix wir in Zukunft benötigen. In Südafrika, meiner Heimat, wird darüber genauso leidenschaftlich diskutiert wie etwa in Indien, wo sich sogar schon politische Parteien gegen Atomenergie positionieren.

Wussten Sie eigentlich, dass sich selbst in Frankreich die Mehrheit der Bürger gegen Atomkraft ausspricht? Es ist der französischen Regierung und Energiewirtschaft gelungen, die Bevölkerung von der Alternativlosigkeit dieser Energieform zu überzeugen. Die Franzosen mögen die Atomkraft nicht, aber sie meinen, es ginge nicht anders. Das ist hervorragende Lobby-Arbeit.

An diesem Punkt setzt Greenpeace an. Wir müssen die Menschen davon überzeugen, dass es gute, weniger riskante, umweltfreundlichere und billigere Alternativen gibt.

Das Rennen um die Zukunft wird ein grünes Rennen werden. Übrigens wissen das auch die Chinesen Afrika ist meine Heimat. Der ganze Kontinent hat ein riesiges Potential für Sonnenenergie. Aber nicht einmal ein Prozent davon wird richtig genutzt.

*Der Greenpeace-Leiter, Kumi Naidoo, über den deutschen Atomausstieg als globales Vorbild*



# Wie alles anfing

Diesen Beitrag von Gabriele Kleber können sie nur in der gedruckten Ausgabe lesen.

## Erstmals ein Atomkraftwerk in Deutschland verhindert

In Whyl waren Freunde von uns, die in Freiburg eine Dreigliederungsgruppe haben, unmittelbar dabei. Ich finde es ungeheuer wichtig, dass die Dreigliederer sich nicht nur in der Theorie verlieren, sondern auch wirklich in die Öffentlichkeit gehen.

*Peter Schilinski in einem Brief vom Jahr 1975*

## Deswegen Fessenheim abschalten

„Man kann sich nicht vorstellen, dass Freiburg plötzlich unbewohnbar sein würde - aber das kann passieren." Die Menschen auf dem Stühlinger Kirchplatz stimmten dem Beitrag von Mika Kumazaki gerne zu. Was ein Atomkraftwerk wie Fessenheim anrichten kann, wenn es zerstört wird, hatte die Umweltaktivistin dort auf der Bühne ja schließlich gerade im eigenen Land erlebt.

*Jens Kitzler zu einer Kundgebung in Freiburg im Mai 2011*

# Energiewende geht anders - Gedanken zum Wandel

Wie sehr sich die politischen und ökonomischen Verhältnisse in der Energiepolitik und Energiewirtschaft verändert haben, zeigt sich darin, dass sich inzwischen nicht mehr nur Umweltorganisationen und Fachverbände sowie einige Parteien für die Energiewende und einen Ausbau der Erneuerbaren Energien einsetzen. Aus einem exotischen Nischendasein von Ökos und Spinnern bis in die 90er Jahre hinein, haben sich die Erneuerbaren Energien zu einem ernstzunehmenden ökonomischen Faktor entwickelt. Inzwischen sieht sogar die Bundesregierung samt des Außenministers Guido Westerwelle (FDP) in den Erneuerbaren Energien eine Chance, international neue Märkte zu erschließen und die Rolle als Exportweltmeister zu unterstreichen.

Doch wenn heute die Bundesregierung, Parteien und andere Organisationen von der Energiewende sprechen, dann haben sich nicht nur ökonomische Voraussetzungen geändert, sondern auch die politische Bedeutung dessen, was als Energiewende eigentlich zu verstehen ist. Die Umweltbewegung fordert zwar vor allem eine Energiewende mit dem Ziel, Schluss zu machen mit der ressourcenfeindlichen, verschwenderischen und lebensgefährlichen (Atom)Stromproduktion in zentralen Großkraftwerken, die fast ausschließlich unter Kontrolle von wenigen, aber umso mächtigeren Stromkonzernen stattfindet. Diese Energiewende fordert daher nicht nur den massiven und flächendeckenden Einsatz dezentraler Anlagen zur regenerativen Stromerzeugung. Sie ist im Grunde auch mit einer Entmachtung oder gar Zerschlagung der großen Stromkonzerne verbunden, die ihre Bedeutung durch den Aufbau einer alternativen, weil dezentralen Energieversorgung auf Basis Erneuerbarer Energien verlieren sollten. Ihre monopolartige Position sollte durch zahlreiche Klein-ProduzentInnen ersetzt werden und damit quasi auch eine Demokratisierung der Energieerzeugung herbeiführen. Umweltverträgliche Stromerzeugung sollte verbrauchsnah erfolgen, auch um überschaubare und damit transparente Handlungsräume zu schaffen, in denen nicht mehr nur Experten und Konzerne mitspielen, sondern Bürgerinnen und Bürger mitreden können.

Es ist also ganz einfach: Energiewende beinhaltet schlicht die Machtfrage zu stellen. Wer entscheidet und wem nützt dies? Wenigen Konzernen und deren Aktionären? Oder vielen kleinen Produzenten und den BürgerInnen? Vor diesem Hintergrund ist die Energiewende also nicht allein eine technische und wirtschaftliche Frage (gewesen), sondern im Grunde immer auch eine soziale und demokratische Aufgabe. Stichworte wie Klimagerechtigkeit, Energiedemokratie, Energieautonomie oder neuerdings auch Postwachstum haben viel damit zu tun, aber führen bis heute fast ausschließlich ein akademisches Nischendasein. Die inzwischen herrschende Debatte über die Energiewende in der deutschen Politik stellt diesen Zusammenhang nicht her. Dafür müssen auch die Umweltorganisationen Verantwortung übernehmen, die zwar immer wieder die Macht und die wirtschaftlichen Interessen der Großkonzerne kritisieren, aber in Sachen Energiewende im harten Geschäft der Auseinandersetzung „pragmatisch“ nur die technischen Machbarkeiten und die wirtschaftlichen Vorteile skizzieren, mit denen Klimaschutz und die Beseitigung von Atomgefahren besser zu machen wären.

Die jetzt von der Bundesregierung beschlossene „Energiewende“ stellt vor diesem Hintergrund eine Art „Enteignung“ dar. Denn ein demokratischer und sozialer Wandel bleibt ausgeschlossen. Nicht nur im beschriebenen umfassenden Sinn eines gesellschaftlichen Wandels ist die Energiewende der Bundesregierung keine. Sie ist es nicht einmal im energietechnischen und –wirtschaftlichen Sinn: Zentrale Akteure sollen die vier großen Konzerne E.on, RWE, Vattenfall und EnBW bleiben. Die Bundesregierung plant, den Anteil Erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung bis 2020 auf 35 Prozent zu steigern. Die Begrenzung des Ausbaus auf 35 Prozent an der Stromerzeugung einerseits und die starke Ausrichtung auf die Förderung der Off-Shore-Windenergie andererseits sind zwei maßgebliche Aspekte, die zeigen, dass die Macht der großen Vier nicht angetastet werden soll. Das Geschäft mit den Off- Shore-Anlagen ist inzwischen vollständig unter Kontrolle der Großkonzerne. Mit einer Leistung von 10.000 Megawatt bis 2020 und 25.000 Megawatt bis 2030 sollen die Windparks in Nord- und Ostsee ein wesentliches Standbein der CO2-freien Stromerzeugung werden. Damit sichern sich die Großkonzerne in diesem Zeitraum einen Anteil von 10 bis 15 Prozent der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien. Hinzu kommen die 65 Prozent nicht erneuerbaren Stroms, der vor allem über Kohlekraftwerke abgesichert werden soll. Bleibt es bei diesen Planungen, dann bedeutet dies, dass die vier großen Konzerne auch in Zukunft bei einem Anteil an der Stromerzeugung von insgesamt rund 80 Prozent liegen werden und damit ihre Macht bestehen bleibt. Ihre wirtschaftlichen Interessen werden also weiterhin im Vordergrund stehen.

*Dirk Seifert, Energiereferent ROBIN WOOD*
*in Robin Wood, 3.2011*

# Gegen den fossil-nuklearen Wahn: Energiedemokratie JETZT!

**Energiepolitische Thesen von „gegenstromberlin“**
Die Katastrophe in Fukushima markiert eine Zäsur in der energiepolitischen Debatte hierzulande: Der Atomausstieg wird dieses Jahrzehnt kommen, das kann kaum noch ernsthaft bezweifelt werden. Das ist vor allem Resultat der Arbeit der Anti-Atom-Bewegung, und ihr bisher größter Sieg.
In einer Situation, in der sogar die CSU für den baldigen Atomausstieg zu sein scheint, reicht es bei weitem nicht aus, die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen zu fordern. Wenn ‚von oben’ der ganze Energiesektor ins Visier genommen wird, müssen die sozialen Bewegungen das ebenso tun. Die Energiepolitik mag in Bewegung sein, aber wo sind die Bewegungen in der Energiepolitik?
• Wer vom Atomausstieg redet, darf zu den fossilen Energien nicht schweigen. Wir leben in einem primär fossilistischen, nicht einem nuklearen System (globaler Energiemix: ca. 80% fossile, 6% Atomenergie). Jedes Jahr sterben ungleich mehr Menschen an den Folgen des Klimawandels und mithin der Nutzung fossiler Brennstoffe, als an denen der Atomenergie. Die Diskussion um den Atomausstieg birgt die Gefahr, dass Kohle und Gas vorschnell als günstige, stabile und sichere Alternative verhandelt werden. Daher muss die Forderung sein: Raus aus dem fossil-nuklearen Wahn, 100% erneuerbare Energien schnellstmöglich!
• Diese Energiewende muss auch eine Wende weg von Konzernmacht und Zentralisierung im Energiesektor, hin zu einer weitgehend dezentralisierten und lokalisierten Energieversorgung sein. Deswegen: ja zur Dezentralisierung, nein zu Großprojekten wie Desertec und gigantischen Offshore-Windparks, die vor allem massive staatliche Subventionsprogramme für den Versuch der ‚großen Vier’ Stromkonzerne wären, den erneuerbaren Sektor unter ihre Kontrolle zu bringen. Um den bisher äußerst effektiven Widerstand der großen Vier – RWE, E.On, Vattenfall und EnBW – gegen die Energiewende zu brechen, müssen diese direkt angegriffen werden, was angesichts ihrer Unpopularität durchaus machbar sein sollte: Stromkonzerne zerschlagen, Energieversorgung vergesellschaften!
• Die Keimzelle eines demokratisch organisierten Energiesektors werden die Stadtwerke und basisdemokratisch organisierte Energiegenossenschaften und -kooperativen sein. Diese sind in der Lage, den gesamten Energiesektor zu organisieren, und sie können, im Gegensatz zu Konzernen, basisdemokratisch organisiert werden – aber das wird nur geschehen, wenn wir es auch wirklich tun!
• „Die Energiewende wird teuer!“ tönen die Energiekonzerne. Klar, zum Nulltarif ist der grundlegende Umbau des gesamten Energiesystems nicht zu haben. Wahr ist aber auch: Die Energiekosten steigen bereits seit Jahren – trotz des angeblich billigen Atom- und Kohlestroms. Die Herausforderung ist darum eine dreifache: die Energieversorgung muss ökologisch sinnvoll, demokratisch organisiert und sozial gerecht sein. Das bedeutet einerseits massive (staatliche) Investitionen, und andererseits ein Ende der monopolistischen Preistreiberei der großen Vier.
• Die ökologische Frage ist eng verbunden mit der sozialen Frage. Steigende Energiepreise dürfen nicht zu ‚Energiearmut’ bei denjenigen führen, die ohnehin am wenigsten verbrauchen. Nur so ist auch die gesellschaftliche Akzeptanz für die erneuerbare Wende gesichert. Eine menschengerechte soziale Grundsicherung statt Armut per Hartz-IV ist daher eine zentrale Voraussetzung zur Lösung der ökologischen Frage.
• Die gesellschaftliche Basis dieser radikalen Wende muss eine breite Energiebewegung sein, bestehend aus der Anti-Atom-Bewegung, Anti-Kohle- und Anti-CCS-Initiativen, Klima-, Umwelt- und Globalisierungsbewegten, NGOs, progressiven Gewerkschaftsflügeln und Stadtwerken, und vielen mehr.
• Die einigende Klammer einer solchen Bewegung ist der Kampf für Energiedemokratie. Demokratie heißt, die Entscheidungen, die unser aller Leben prägen, gemeinsam und ohne Profitzwang treffen zu können. Dies, so glauben wir, können wir im Energiesektor heute schon verwirklichen. Der Ruf nach Energiedemokratie berührt den von vielen Menschen gefühlten Verlust von demokratischen Entscheidungskompetenzen nach 30 Jahren Neoliberalismus – er ist es, der den Kampf für die Energiewende gesellschaftlich mehrheitsfähig macht.
• Wenn wir unseren Kampf als einen für Energiedemokratie sehen, dann stellen sich auch die oft abfällig zitierten Initiativen gegen neue Stromtrassen, Windräder oder Pumpspeicher anders dar: Als Menschen, die fühlen, dass ihnen die Kontrolle über ihr Leben abhanden kommt. Auf der Basis dieses gemeinsamen Affekts können wir mit ihnen anfangen zu reden, und die Erfahrung zeigt: mehr Partizipation führt zu mehr Akzeptanz. Tun wir das nicht, werden sie mit Sicherheit gegen uns ausgespielt werden und uns signifikant schwächen, weil sonst die Bewegung gespalten werden kann, und uns die Legitimität abgesprochen wird.
• Unsere Energiewende kann keine sein, die sich damit zufrieden gibt, den wahnsinnigen Wachstumszwang der Weltwirtschaft einfach nur mit anderen Energien zu füttern. Wenn wir die Klimakrise abwenden, und den Energiesektor ökologisch umbauen wollen, muss der gesellschaftliche Energieverbrauch drastisch sinken. Keine soziale und ökologische Energiewende ohne Wachstumskritik.

*www.gegenstromberlin.net*

# HamburgerInnen fordern Rückkauf der Energienetze

Das Hamburger Volksbegehren „Unser Hamburg – Unser Netz“ hat es geschafft und die zweite Hürde im dreistufigen Volksentscheidsverfahren genommen.
Ziel ist es, die Energienetze für Strom, Fernwärme und Gas vollständig in die öffentliche Hand zu übernehmen und damit Vattenfall und E.ON in der Hamburger Energiepolitik abzuschalten. In nur drei Wochen sammelte die Initiative statt der erforderlichen rund 62.000 satte 116.000 Unterschriften der wahlberechtigen HamburgerInnen. Nun ist abermals die Bürgerschaft in Hamburg gefordert, sich mit diesem machtvollen Votum der BürgerInnen auseinanderzusetzen.
Kampagnen-Leiterin Wiebke Hansen war die Freude ebenso wie die Erschöpfung nach der dreiwöchigen Sammelfrist anzumerken, als sie mit vielen UnterstützerInnen am 23. Juni beim Landeswahlamt anklopfte, um die über 60 Aktenordner mit den Unterschriften zu übergeben.
Partystimmung samt Sekt und Musik, denn dieser Volksentscheid ist für die Hamburger Energiepolitik ein großer Schritt. Das Volksbegehren richtet sich gegen die Politik der seit Februar 2011 allein regierenden SPD. Ihr Bürgermeister Olaf Scholz plädiert zwar auch für eine Beteiligung der Stadt an den Energienetzen, will aber mit einem Anteil von nur 25,1 % einen „strategischen Einfluß“ auf die Netze bekommen und diese künftig in Form einer Aktiengesellschaft gemeinsam mit E.ON und Vattenfall betreiben. Nicht nur die Initiatoren des Volksbegehrens halten das für nicht ausreichend bzw. unmöglich. So haben gleich sich zwei ehemalige Bürgermeister während der Unterschriftensammlung positiv für das Volksbegehren ausgesprochen.
„Dieser Anteil reicht für einen wirksamen Einfluss nicht aus“, stellte Henning Voscherau, Hamburgs Bürgermeister bis 1997 schlicht fest. Und Altbürgermeister Ortwin Runde betonte, dass er prinzipiell für einen vollständigen Rückkauf der Netze sei: „Ich hätte Sympathien dafür“, sagte er der „Welt“.
Diese Stellungnahmen dürften nicht nur innerhalb der Hamburger SPD für weitere Diskussionen sorgen.
Auch bei der Gewerkschaft Verdi kommt einiges in Bewegung. Verdi hat bei E.ON Hanse im Bereich Gasnetze Mitglieder. Deren Betriebsräte hatten sich zunächst intern (gemeinsam mit denen von Vattenfall, die zum Bereich der IG Metall Hamburg gehören) gegen eine vollständige Rekommunalisierung ausgesprochen.
Weil viele Mitglieder bei Verdi allerdings mit dem Anliegen sympathisieren, die Energienetze wegen ihrer hohen Bedeutung zur Daseinsvorsorge vollständig zu rekommunalisieren, hat sich Verdi insgesamt einem Votum enthalten, aber allen Fachbereichen empfohlen, die Unterschriftenlisten an die Mitglieder zu verbreiten. Diese eher passive Haltung könnte sich nun ändern. Denn viele Verdi-Mitglieder sind auf die Betriebsräte von E.ON und Vattenfall sauer, nachdem diese während der Unterschriftensammlung mit einer Anzeige in Hamburger Wochenblättern öffentlich gegen das Volksbegehren vorgegangen sind. Seitdem kursiert innerhalb von Verdi eine Unterschriftenliste, die für eine offizielle Unterstützung von Verdi wirbt.
Vier Monate lang hat nun die Bürgerschaft Zeit, sich mit dem Anliegen des Volksbegehrens zu befassen und zu entscheiden, ob sie sich dem Bürgerwillen anschließen will. Wichtig wird dabei auch sein, über die Kosten für den Rückkauf der Netze mehr Klarheit zu bekommen und vor allem auch über Finanzierungsmodelle zu sprechen. Vattenfall verweigert bis heute sämtliche Daten, um eine solide Schätzung vornehmen zu können. Ein Betrag von zwei Millionen Euro wird derzeit von Seiten der SPD immer wieder genannt. Dieser Betrag muss allerdings nicht sofort von der Stadt aufgebracht werden. Finanzexperten empfehlen eine Eigenkapitalquote zwischen 25 und 40 Prozent. Der Rest kann über günstige Kredite finanziert werden, deren Zinsen angesichts ausreichend guter Rendite, durch den Netzbetrieb, noch einen langfristigen Gewinn für die Kassen der Hansestadt sicherstellen. Sollte die Bürgerschaft das Volksbegehren nach den vier Monaten ablehnen, kommt es vermutlich bei der Bundestagswahl 2013 zum Volksentscheid.

*Dirk Seifert, Energiereferent*

# Dezentrale Elektrizitätsnetze

Bei den Stromnetzen sind es bis 2015 rund 1000 Stromkonzessionen, die auslaufen, bei den Gasnetzen ist es ebenfalls eine große Anzahl. Wir brauchen fehlerfreundliche, dezentrale Einheiten. Das umschließt die Stromerzeugungstechnologien ebenso wie die Strukturen. Die regenerativen Energien, die als Alternative für Atom und Kohle konsequent ausgebaut werden müssen, sind dezentrale Energien. Je dezentraler, desto mehr begrenzen sie auch den notwendigen Netzausbau auf das wirklich Notwendige. Stadtwerke sind beim Umbau der Energiewirtschaft wichtige Partner, weil sie nahe beim Kunden und den lokalen Gegebenheiten sind. Immer mehr Kommunen denken darüber nach, ihre Stromversorgung wieder in die eigene Hand zu nehmen, da sie die zukünftige Energieversorgung als eine Gemeinschaftsaufgabe ansehen. Der Betrieb eines eigenen Stromnetzes sichert Gemeinden, bei geeigneten Rahmenbedingungen, überdies einen Gewinn zu; ein zusätzlicher Anreiz in Zeiten knapper Kassen.

*Ursula Sladek, Mitbegründerin und seit 2002 Geschäftsführerin der Elektrizitätswerke Schönau, die ihre Kunden ausschließlich mit Strom aus erneuerbaren Energien und Kraft-Wärme-Kopplung beliefern.*

## Basel geht voran

Im Energiegesetz der Stadt ist festgelegt, dass Strom aus nicht erneuerbaren Energien nicht weniger kosten darf als Strom aus regenerativen Quellen. Als entscheidenden Anreiz fürs Energiesparen sieht man die Lenkungsabgabe, die es seit dem Jahr 2000 gibt. Pro Kilowattstunde Strom beträgt sie bis zu 6 Rappen. Am Jahresende bekommt jeder Basler durchschnittlich 75 Franken ausbezahlt, bei Unternehmen richtet sich die Summe nach der Anzahl der Mitarbeiter. Wer weniger Strom braucht, für den ist die Rückerstattung verhältnismäßig höher, als bei hohem Stromverbrauch. Die Bürger ermutige das zum Energiesparen, sagt Thomas Fisch. Und für Unternehmen lohne sich die Investition in sparsamere Anlagen schneller

Doch Basel tut noch mehr: Da in der Gesamtschweiz die Einspeisevergütung für Solarstrom gedeckelt ist, gibt es eine Warteliste. Der Stadtkanton überbrückt diese, indem er Baslern, die Solarstrom ins Netz einspeisen, so lange die Einspeisehilfe bezahlt, bis sie vom Bund übernommen wird. Hinzu kommt, dass es seit 1984 auf jede Stromrechnung eine Förderabgabe gibt, mit der der Ausbau regenerativer Energien unterstützt oder das Energiesparen gefördert wird. Mit originellen Ideen: Während einer viermonatigen Aktion 2008 bekam jeder Basler, der sich eine neue Kaffeemaschine mit automatischer Abschaltfunktion kaufte, 200 Franken Zuschuss dazu.

*Aus einem Beitrag von Kathrin Ganter*

## Auch Betriebe können anders

Diesen Beitrag von Anton Kimpfler können sie nur in der gedruckten Ausgabe lesen.

## Bahn als Dezentralisierungsvorbild

Blicken wir in die Zukunft, zeigt sich ein Szenario vieler dezentraler Produzenten - nicht in der Hand von Energieriesen, sondern von Gemeinden, von kleineren Firmen und Privaten. Sollen viele Erzeuger eingebunden werden, muss das Stromnetz von Grund auf erneuert werden. Damit wird Dezentralität ebenso möglich wie die Teilhabe an der globalisierten Welt. Im Schweizer Bahnnetz sehe ich eine hervorragende Illustration dafür, wie Netze als Bindeglied zwischen Heimat und Welt, zwischen Fortschritt und Bewahrung, zwischen Stadt und Land wirken. Die Schweiz hätte ihre dezentrale wirtschaftliche und soziale Struktur kaum so erfolgreich gestalten können ohne die kluge Investition in ihr Bahnnetz.

Billige, fossile Brennstoffe haben die erste industrielle Revolution befeuert. Gerade jetzt, während wir deren Preis für unseren Planeten zahlen, sind die maximalen Fördermengen bald erreicht. Atomstrom ist keine Alternative. Wir wissen es besser. Und wir können es besser. Indem wir mit aller Kraft in die gelingende Liaison zwischen Natur und Technologie investieren, leisten wir eine unverzichtbare Investition für die Zukunft. Auch unsere Kinder und Enkel werden so unsere schöne Welt noch genießen können.

*Gerd Leipold*

## Elektroautos nachts aufladen

Wenn aber die Energieversorgung umgebaut wird, der Strom in Zukunft aus erneuerbarer Energie kommt und die Autos nachts überschüssigen Windstrom speichern, wäre das ein Riesenfortschritt.

*Jürgen Flasbarth*

## Ökologie zahlt sich aus

Vielerorts sind wir sogar günstiger als die großen Konzerne, obwohl unser Strom natürlich in der Beschaffung teurer ist. Wir können den Preis niedrig halten, weil es allen Beteiligten nicht um das Geld geht, sondern darum, etwas zu bewegen - unseren Genossen, den Mitarbeitern der EWS und den Stromkunden, die eifrig Werbung für „ihr“ Unternehmen machen.

*Michael Sladek, für die Genossenschaft der Elektrizitätswerke Schönau (Südschwarzwald)*

# Vorbildhaft für die Welt

Diesen Beitrag von Barbara Wagner können sie nur in der gedruckten Ausgabe lesen.

## Überzeugungsarbeit

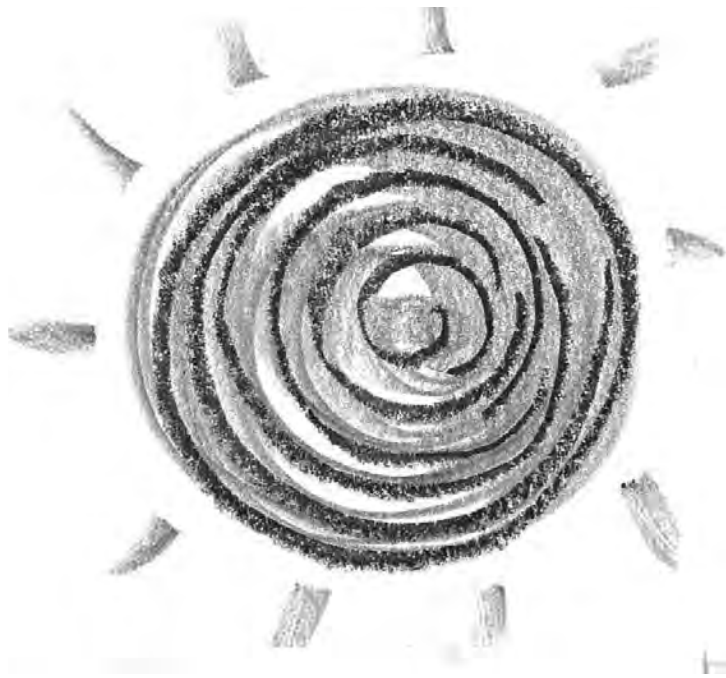
Solange man sich nicht vorstellt, was bei einem Reaktorunfall - zum Beispiel in Fessenheim, 25 Kilometer von Freiburg entfernt - tatsächlich passieren würde, erscheinen Atomkraftwerke als ungefährlich.

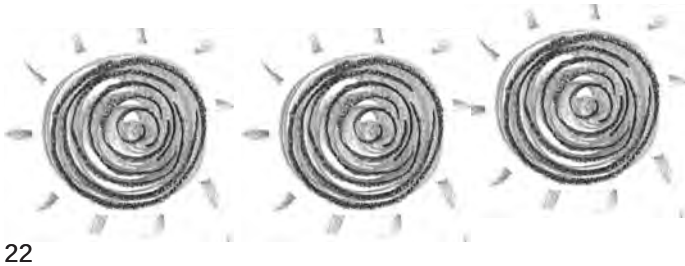
Ich verteile dann gerne eine Broschüre: „Notfallschutz - Ein Ratgeber für die Bevölkerung“, herausgegeben vom Regierungspräsidium Freiburg. Darin sieht man eine Karte, die deutlich macht, welche Gebiete im schlimmsten Fall evakuiert werden würden. Der größte Teil Freiburgs gehört dazu, nur Gundelfingen nicht mehr. Die anschauliche Konfrontation mit der Tatsache, dass dann Wohnungen, Häuser, Läden, Werkstätten und Fabriken verlassen werden müssten, vielleicht dauerhaft, ohne dafür irgendeinen Ersatz zu erhalten, lässt so manchen erst wach und nachdenklich werden.

*Irina Staschewska*

# Die Mitte und das gesunde Maß

Diesen Beitrag von Anton Kimpfler können sie nur in der gedruckten Ausgabe lesen.





# EULENSPIEGEL's KULTURRAUM

## Oktober bis Dezember 2011

Mittwoch, 5. Oktober 2011, 19.30 Uhr
**Mit Bach-Blüten gestärkt durch die „dunkle Jahreszeit“**
Vortrag mit Katja E. Heß, Heilpraktikerin für Psychotherapie, Bach Practitioner&Trainer
Die Tage werden kürzer, der Körper benötigt mehr Energie und Kraft, die Leichtigkeit verschwindet scheinbar täglich mit der untergehenden Sonne. Gerade in den Herbst- und Wintermonaten fühlen wir uns schneller gestresst. Egal ob wir uns Sorgen machen, großen oder kleinen Veränderungen ins Auge sehen müssen, oder jährlich einer leichten bis intensiven Winterdepriphase gegenüber stehen - die Original Bach-Blüten können uns besonders jetzt wieder LICHT bringen.
Eintritt 5 €

Freitag, 7. Oktober 2011, 20 Uhr
**BAF-Vernissage: Schwemmholz - Holzschwemme - Installation**
Wer kennt nicht das alljährliche Schwemmholzchaos am Bodenseestrand? - Wir räumen auf! Die Fundstücke vom weiten Strand gesammelt, geschleppt, verarbeitet und...Baff! verdichtet in die Fund-Kammer zur Holzüberschwemmung...Keine Angst! Alles ist trocken und der Ausgang bleibt offen.

Freitag, 21. Okt., 20 Uhr bis Sonntag, 23. Okt. 2011, 13 Uhr
**Weibliche, männliche und kindliche Kräfte**
Wochenendseminar siehe Seite 2

Mittwoch, 26. Oktober 2011, 20 Uhr
**Auf dem Weg in ein postnukleares Zeitalter**
Rundgespräch mit Anton Kimpfler und Günter Edeler

Mittwoch, 9. November 2011, 20 Uhr
**Weibliche und männliche Qualitäten in der Erziehung und im sozialen Leben**
Rundgespräch mit Anton Kimpfler und Tatjana Kerl

Freitag, 11. November 2011, 20 Uhr
**Überraschung**
Kontakt: BAF Tel. 08382/277 366
bodenseeartfund@googlemail.com

Samstag,12. November 2011, 16 Uhr bis So.,13. Nov., 13 Uhr
**Sozialer Denktag - Unterwegs zu einer Bürgergesellschaft**.
Von der Zukunft des demokratischen Rechtslebens.
Mit Dieter Koschek, Anton Kimpfler und Günter Edeler

Mittwoch, 30. November, 20 Uhr
**Reise in die Stille**
Meditation mit Musik und Texten aus den Weltreligionen.
Entspannen - Wahrheit/Sinn/Frieden finden - sich austauschen - sich begegnen
Mit Ingrid Strom Tel. 08382-94 30 359

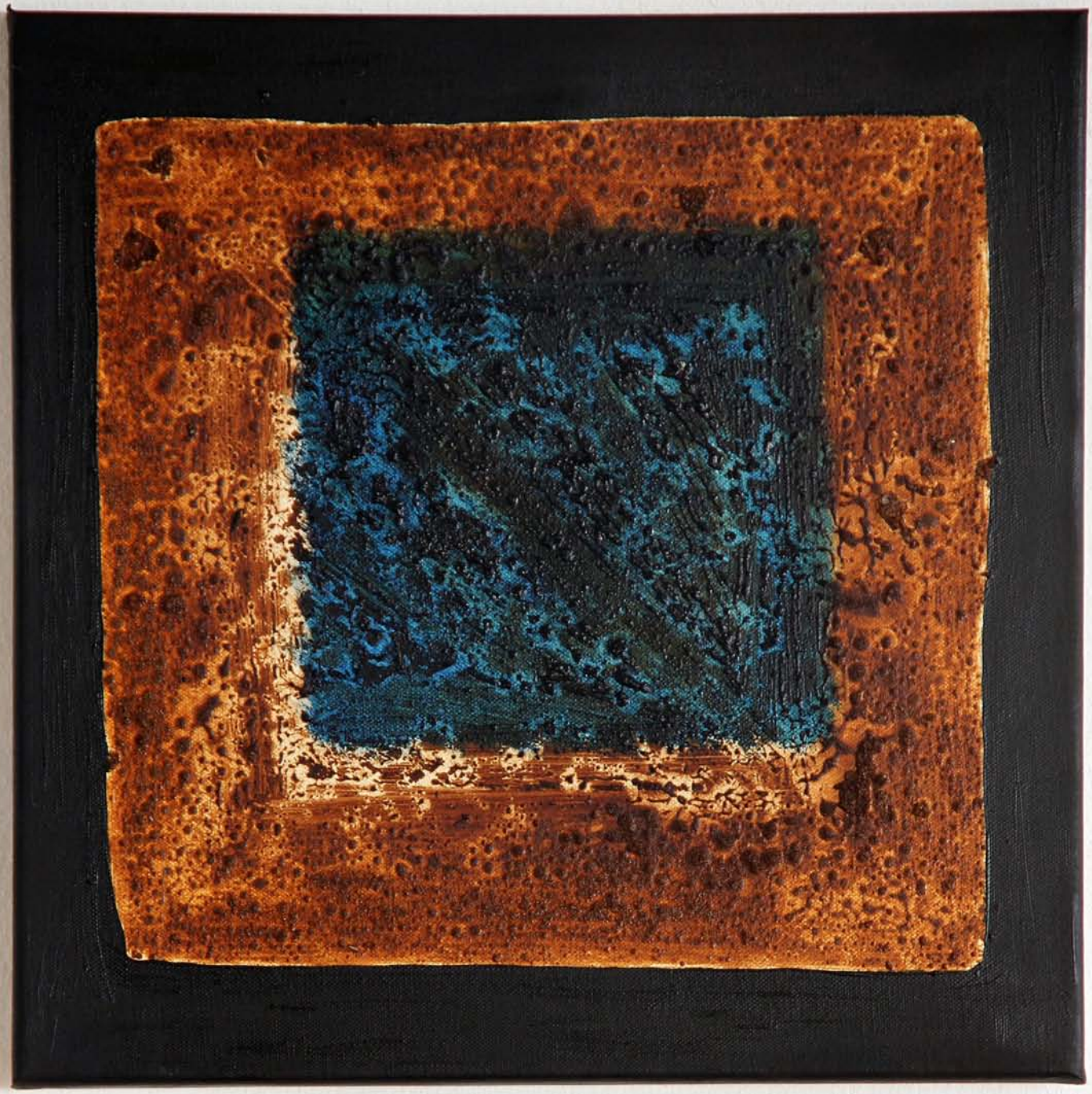
Freitag, 2. Dezember 2011, 20 Uhr
**Ausstellung: Kammerspiele**
Kontakt: BAF Tel. 08382/277 366
bodenseeartfund@googlemail.com

Mittwoch, 14. Dezember 2011, 20 Uhr
**Salecina**
Ein Dokumentarfilm über das selbstverwaltete schweizer Bildungs- und Tagungshaus Salecina in Maloja im Engagdin, das von Theo und Amelie Pinkus gegründet wurde. Ein Blick in die Geschichte und die Zukuft „linker“ Politik. Film und Gespräch

Mittwoch, 21. Dezember 2011, 20 Uhr
**Das Interesse am anderen Menschen**
Rundgespräch mit Anton Kimpfler und Inga Gessinger

Es gibt ein Leben vor dem Tod. Der Tag wird kommen, wo Menschen in Frieden, Gerechtigkeit, Vernunft und Freiheit, befreit von der Angst vor materieller Not, zusammenleben werden.

Jean Ziegler



SENSA TITOLO / OHNE TITEL 2011

Francesca Motta